Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerſtag, Januar 10, 1867.

Neue Agenten.

Wir haben das Vergnügen die Anzeige zu machen, daß ſich folgende Herren bereit erklärt haben, die Agentur der „Pa. Staats-Zeitung" zu übernehmen:

Herr A. L. Kranſe, von Saxenburg, Butler Co., Pa.

Herr Andreas Zeller, von Columbia, Lancaſter Co., Pa.

Obige Herren ſind bevollmächtigt, Abonnenten zu ſammeln, und Subſcriptionsgelder für uns in Empfang zu nehmen und dafür zu quittiren.

An unſere Leſer in Columbia.

Da unſer bisheriger Träger, Hr. Jakob Godel, ſich einem anderen Berufe zu widmen wünſcht, ſo ſind wir genöthigt, von nun an unſern geehrten Abonnenten in Columbia die Zeitung per Poſt zuzuſenden. Durch dieſe neue Einrichtung können ſie das Blatt jeden Donnerſtag Morgen auf dem Poſtamt in Columbia abholen. Zu dieſem Zwecke haben wir Hrn. Andreas Zeller als Agenten für jene Stadt ernannt, und kann man ſich an ihn wegen in unſer Fach einſchlagenden Geſchäften wenden. Wir hoffen, daß unſere freundliche Leſer und Leſerinnen mit dieſer Einrichtung zufrieden ſein werden. Die nächſte Nummer iſt alſo von der dortigen Poſt abzuholen.

„An die Harrisburger Deutſchen.— Wir hoffen, jeder Deutſche, der den „Patriot u. Union" hält, wird ſich auch auf die „Pennſylvaniſche Staats-Zeitung" abonniren, welche J. Geo. Ripper, früher vom „Pittsburger Demokrat", in unſerer Stadt herausgiebt. Es laſſen ſich wenige Editoren finden, welche die Tüchtigkeit von Freund Ripper beſitzen, und neben ſeinen Kenntniſſen, ſeiner Energie und Thätigkeit, wie ſie ſich in ſeinen Arbeiten offenbaren, iſt ſeine Zeitung eines der netteſten Blätter unſeres Staates. Wir hoffen, unſere deutſchen Freunde werden ihm nach Kräften behülflich ſein, bei ſeinen Bemühungen ein Centralorgan für die deutſche Demokratie Pennſylvaniens dauernd zu etabliren, und ſie ſollten ihm zu dieſem Zwecke auch durch Annoncen und Accidenzdruckarbeiten kräftig unter die Arme greifen."

Wir ſind dem „Patriot und Union" für obige freundliche Notiz zu beſtem Danke verpflichtet, auf die wir um ſo mehr Gewicht legen, da ſie von einem Blatte kommt, welches außerhalb Philadelphia die beſte demokratiſche Zeitung unſeres Staates iſt. Sie iſt ſeit Neujahr in eine Morgenzeitung umgewandelt und in Größe und typographiſcher Ausſtattung bedeutend vervollkommnet worden, und bei ihrer fähigen Redigirung und ihrer unermüdlichen Wachſamkeit für demokratiſche Intereſſen verdient ſie die Aufmunterung und Unterſtützung aller Freunde der guten Sache in reichem Maaße.—

Die Jahresbotſchaft des Gouverneurs.

Wenn wir unſeren werthen Leſern die Botſchaft des abtretenden Oberhauptes unſeres Staates nicht im Wortlaute, ja nicht einmal im Auszuge vorlegen, ſo geſchieht dies lediglich in Folge der Haltung und des Tones dieſes Dokumentes. Mit Ausnahme einiger weniger, auf die Finanzen, die Schulen und ſonſtige Staatsangelegenheiten bezüglicher Stellen iſt die Botſchaft von Anfang bis zu Ende eine plumpe captatio benevolentiae d. h. eine Lobrede auf die uſurpatoriſche Politik der herrſchenden radikalen Partei, durch welche der Herr Gouverneur ſich die Erwählung zum Vereinigten Staaten-Senator zu ſichern gedachte. (In Gemäßheit des Ausfalles der Sprecherwahl im Repräſentantenhaus ſcheinen ſeine Aktien übrigens ſchlecht zu ſtehen, indem Cameron's Erwählung feſt zu ſtehen ſcheint.—D. Red.) Einen kühneren Sprung hat wohl lange kein Staatsmann gemacht, als Curtin von ſeinen in der Botſchaft vom 3ten Januar 1866 ausgeſprochenen conſervativen Anſichten zu ſeinen jetzigen rothen oder beſſer ſchwarzen republikaniſchen, radikalen Ideen gethan hat. Damals ſagte er:

„Die von dem Präſidenten beim Beginn der Sitzung des Congreſſes ausgeſprochenen Anſichten werden meine herzliche Unterſtützung erhalten."

Der Präſident hegt noch immer dieſelben Anſichten, wie am 3ten Januar 1866 — aber wo bleibt Gouv. Curtin? Weil Präſident Johnſon ihm den Geſandſchaftspoſten in Italien nicht gab, drehte er ſeiner beſſeren Ueberzeugung, wegen derer ihn die Freunde der Union während der über unſer Land gekommenen Prüfungszeit, beſonders in ihrer letzten Periode, zu ſchätzen begonnen hatten, überlegt und kaltblütig den Rücken und warf ſich den Radikalen in die Arme, und zwar geht er in ſeiner Empfehlung des vom Rumpf-Congreß zur Annahme commandirten Amendements wo möglich noch weiter, als Stevens, Philipps und Conſorten. Es iſt wahrlich traurig, einen Mann unter der Wucht eines ſolchen Rückſchrittes aus dem Gouverneursamt ſcheiden ſehen zu müſſen, wie Curtin dies thut. Er hat „Alles verloren, ſogar die Ehre."

Pennſylvanien hat wahrlich in letzterer Zeit wenig Glück mit ſeinen Staatsmännern. Schlimm genug war es ſchon, daß ein Ex-Kriegsſekretär der Vereinigten Staaten Regierung noch immer als einer der hervorragendſten Mitglieder der republikaniſchen Partei angeſehen und fetirt wurde, der ſeit 1838 ſeine öffentliche Laufbahn blos durch eine Reihe von Schwindeleien und ſchamloſer öffentlicher Handlungen berüchtigt machte, und dem ſogar ein Tadelsvotum eines Congreſſes, von Mitgliedern ſeiner eigenen Partei in der Mehrheit zuſammengeſetzt, in 1862 zu Theil wurde: aber daß ein Mann, wie Curtin ſo tief fallen konnte, und daß ein Menſch, wie er, und ein corrupter Politiker, wie der große „Winnebago", um den Ehrenplatz im Ver. Staaten Senate buhlen — das iſt wirklich traurig, und mit Pennſylvanien ſieht es übel aus, wenn ſolche Menſchen in den Rath der Nation geſandt werden müſſen.

Gouverneur Curtin hätte ſeinen Namen berühmt, ſein Andenken unbefleckt erhalten können, wenn er ſeinen am 3ten Januar 1866 ausgeſprochenen Grundſätzen treu geblieben wäre. Aber zu dem Makel der berüchtigten Tonnentaxbill, zu dem Vorwurf der Begnadigungsſucht noch den gegründeten Tadel wegen charakterloſer Inconſequenz zu fügen, das zuſammen wiegt ungefähr ſchwer genug, um ihn in Zukunft mit Cameron und Leuten ähnlichen Schlages auf eine Stufe zu ſtellen und — todtzuſchweigen.

Einſetzung des neuen Governörs.

Nächſten Dienſtag findet die Inauguration des neuerwählten Governörs von Pennſylvanien—General Geary—ſtatt.

Die Geſetzgebung hat beſchloſſen, die Wahl eines Ver. Staaten Senators gleichfalls an jenem Tage abzuhalten.

Mit ſeinem Veto belegt.

Der Präſident hat das Negerſtimmrechts-Geſetz für den Diſtrikt Columbia mit ſeinem Veto belegt. — Recht ſo!

Sie wollen einen König!

Beim Rumpf-Congreß wurde vor einigen Tagen eine Bittſchrift eingereicht, welche Hannibal Hamlin von Maine als Präſident, oder Supreme-Dictator vorſchlägt.

Im Hauſe paſſirte Schenks Vorſchlag, daß der Congreß ein dauernder ſein ſoll, mit 127 gegen 30 Stimmen!

Wird das Volk zu ſolch offenbarem Verrath ſchweigen?

Wir hoffen nicht. Unwiſſende Radikale mögen ſich dieſem unterwerfen; aber Demokraten und Conſervative nie. Das Volk kann ſich auf einen Conflikt mit dem Rumpf-Congreß bereit halten! —

Verhandlungen
der

Geſetzgebung von Pennſylvanien.

Harrisburg, Januar 2, 1867.

Im Senat überreichte Hr. Glatz eine Bittſchrift von Bürgern von York County, bittend, daß Zeit und Ort feſtgeſetzt werde, wenn die Columbia-Brücke über den Suſquehanna wieder aufgebaut werden ſoll.

Hr. Donovan verlas eine Akte, welche das Laufen der Pferde-Eiſenbahn Wagen in Philadelphia auch an den Sonntagen erlaubt.—(Sehr zeitgemäß.)

Hr. Lowry, verlas eine Akte, welche das Conſtitutions-Amendement ratifizirt. — (Mit andern Worten, daß die Neger das Stimmrecht haben ſollen!)

Hr. Bigham überreichte eine ähnliche Bill.

Hrn. Lowry's Beſchlüſſe, bezüglich der Ratifizirung des Conſtitutionellen Amendements wurden angenommen! — 18 (lauter Radikale) dafür, und 12 (alle Demokraten) dagegen!

Im Haus überreichte Hr. Freeburn eine Bittſchrift von Bürgern des 13. Diſtrikts, Philadelphia, worin erklärt wird, daß Michael Mullin nicht fähig ſei, jenen Diſtrikt zu repräſentiren, weil er im Ausland geboren, und noch keine drei Jahre im Staate gewohnt habe. Eine Committee wurde ernannt, um die Sache zu unterſuchen. — (Michel paß auf!)

Eine ähnliche Bittſchrift von Bürgern von Union, Snyder und Lycoming Counties, wurde eingereicht, welche angab, daß Chas. B. Rouch nicht zu ſeinem Sitz berechtigt ſei, weil bei der letzten Wahl nicht allein Deſerteure als Wahlrichter angeſtellt waren, ſondern auch viele derſelben ſtimmten.

Harrisburg, Jan. 3, '67.

Um 12 Uhr wurde die Botſchaft des Gouverneurs verleſen.

Der 15. Januar wurde feſtgeſetzt, an welchem die Wahl eines Ver. Staaten Senators ſtattfinden ſoll.

Auf Vorſchlag des Hrn. McCreary wurde beſchloſſen, daß des „Sprecher's Stuhl", welcher urſprünglich von John Hancock bei der erſten Sitzung des Congreſſes benutzt wurde, nach der Independence Hall, Philadelphia gebracht werden ſolle. — (Das iſt recht. Wir würden nicht wünſchen, dieſes alte Denkmal aus den Revolutionszeiten von unſern heutigen Radikalen beſudelt zu ſehen. — Anm. d. Red.)

Hr. Fiſcher verlas einem Beſchluß, worin unſere Congreßmänner aufgefordert werden, dafür zu ſtimmen, daß der nächſte Congreß ſich am nächſten 4ten März verſammele.

Verhandlungen
des

Rumpf-Congreſſes, Nro. 2.

Waſhington, 3. Jan. '67.

Senat.

Der Senat verſammelte ſich um 12 Uhr. Herr Foſter präſidirte.

Chandler und Trumbull legten Proteſte gegen die Verringerung des National-Courants vor. Wurde dem Finanz-Committee zugewieſen.

Morgan legte die Remonſtration der New-Yorker Kaufleute gegen irgend eine Aenderung in den Zöllen auf Zucker vor, ſowie Remonſtration gegen Erhöhung des Zolles auf Leinſamen und auf Stahl. Wurde dem Finanz-Committee zugewieſen.

Sumner brachte eine Reſolution ein, die das Juſtiz-Committee anweiſt, zu berichten, ob ein Geſetz bezüglich eines Conſtitutions-Amendements nothwendig ſei, das den Verkauf von Perſonen, die man dadurch ſtraft, indem man ſie auf eine Anzahl von Jahren in die Sclaverei verkauft, verbietet. Herr Sumner ſprach über die Fälle von farbigen Perſonen, die auf Befehl der Criminalgerichte in Maryland verkauft worden ſind und erlangte ein Gutachten darüber, ob die Civilrechtsbill nicht derartige Gerichtsverfügungen verbietet.

Saulsbury ſagte, die Verkaufs-Ausſcheibungen, auf die ſich Herr Sumner bezieht, ſeien Copien davon, die man vor mehreren Jahren noch häufig in den Zeitungen von Maſſachuſetts leſen konnte. Die Legislatur von Maryland ſei ſeit der Annahme der Civilrechtsbill nicht mehr in Seſſion geweſen und habe daher noch keine Gelegenheit gehabt, das Staats-Geſetz abzuändern.

Herr Johnſon ſagte, er habe nichts dagegen, wenn die Reſolution des Herrn Sumner dem Juſtiz-Committee zugewieſen werde, der Richter, der den Verkauf Freigewordener angeordnet hat, ſei nach Maßgabe der Civilrechtsbill arretirt worden, und die Sache werde demnächſt durch das Bundes-Obergericht entſchieden werden.

Feſſenden fragte, ob das Geſetz, nach welchem Verbrecher in Maryland in die Sclaverei verkauft werden, auch auf weiße Perſonen Anwendung findet.

Creswell antwortete, dem ſei nicht ſo.

Johnſon erwiederte, wenn noch ein Unterſchied der Beſtrafung zwiſchen Weißen und Negern beſteht, werde er nach Maßgabe der Civilrechtsbill ausgeglichen werden.

Sumners Reſolution wurde endlich angenommen.

Trumbull rief die Bill auf, welche die 13. Sectionen der Confiscationsbill widerruft oder denjenigen Theil der Bill, der dem Präſidenten die Gewalt zur Erlaſſung von Amneſtie-Proclamationen verleiht. Es handelte ſich um Saulsbury's Amendement, nach welchem die ganze Bill zu widerrufen wäre.

Johnſon hatte das Wort, da er jedoch nicht vorbereitet war über die Bill zu ſprechen, ſo wurde ſie bis morgen aufgeſchoben.

Sherman legte eine von General Grant und andern Offizieren der Armee unterzeichnete Denkſchrift vor, in der ſie bitten, daß zuſätzlich zu ihren gegenwärtigen Dienſtesbezügen ihnen Alters-Rationen gewährt werden mögen. Wurde dem Militär-Committee zugewieſen.

Haus.

Wentworth beantragte eine Reſolution, die das Juſtiz-Committee anweiſt, zu berichten, welche Maßregeln erforderlich ſind, um das Obergericht zu verhindern, die Mörder des Präſidenten Lincoln in Freiheit zu ſetzen. Es wurde Einwand dagegen erhoben.

Der Sprecher legte die Tarifbill des Commiſſär Wells vor.

Stevens Bill zur Reconſtruction der rebelliſch geweſenen Staaten wurde aufgenommen.

Bingham beantragte, die Bill dem Fünfzehner-Ausſchuß zuzuweiſen.

Waſhington, Jan. 4, '67.

Senat.

Auf Trumbull's Antrag wurde die Bill aufgenommen, welche die Amneſtiegewalt des Präſidenten wiederruft. Es handelte ſich zuförderſt um Saulsbury's Amendement, auf Widerrufung der ganzen Confiscations Bill, anſtatt der 13 Sektionen derſelben.

Johnſon ergriff das Wort. Er ſagte, wenn die Freunde der Maßregel der Meinung ſind, daß die Sektion, die widerrufen werden ſoll, dem Präſidenten vermehrte Gewalten verleiht und deshalb wichtig iſt, dann wolle er den Senat nicht mit ſeinen Bemerkungen beläſtigen; ſo viel er aber bemerke, werde behauptet, daß die Sektion dem Präſidenten mehr Gewalten verleiht, als ihm gemäß der Conſtitution zu kommen. Er habe ſchon vor dem Receß Herrn Trumbull gefragt, ob er den Widerruf der Sektion aus dem Grunde vorſchlage, weil ſie dem Präſidenten Gewalten verleiht, die er nicht ſchon vorher beſeſſen hat, oder ob er glaube, daß der Congreß die Befugniß habe, dem Präſidenten Gewalten zu nehmen, die ihm durch die Conſtitution verliehen ſind? Letztere Frage verneinte Herr Trumbull. Er ſagte ſehr richtig, daß die Pardonnirungs-Gewalt dem Präſidenten durch die Conſtitution übertragen worden iſt und, daß kein Geſetz ihm dieſelbe nehmen kann. Aus derſelben Urſache, glaube er, wird er zugeben, daß ſie ihm wieder beſchränkt noch verclauſulirt werden kann. Sie iſt ihm allein in ſeiner Eigenſchaft als Präſident übertragen. In den Berathungen der Convention durch welche die Conſtitution entworfen wurde, war gerade jene beſondere Clauſel der Pardons-Gewalt der Gegenſtand ſich wiederſtreitender Meinungen. Einige Mitglieder der Convention glaubten, daß wenn jene Pardons-Gewalt überhaupt exiſtire, ſie in einer Republik nicht exiſtiren ſollte, weil keine Nothwendigkeit dafür beſtehe.

Die Männer, welche die Conſtitution entwarfen, glaubten, daß die Pardons-Gewalt exiſtiren ſollte. Einige waren der Meinung, daß ſie nicht in die Hand des Präſidenten oder eines Departements allein gelegt werden, ſondern daß man ſie dem Präſidenten, wenn man ſie überhaupt verleihe, nur in Verbindung mit anderen Departements geben ſollte. Sie kamen indeſſen zum Schluß, daß es doch am Beſten ſei, ſie dem Präſidenten allein zu geben. Ich ſchließe, ſagte Herr Johnſon, aus der Natur der verliehenen Gewalt daß ſie nicht nur dem Präſidenten anvertraut werden konnte. Die Pardons-Gewalt kann unter einer Regierung wie die unſrige nicht leicht einem anderen Regierungs-Departement anvertraut werden. Man muß ſie einem Departement geben und alle andern davon ausſchließen. Die Entſcheidung dieſes einen, ob der Pardon bewilligt oder verweigert werden ſoll, muß endgültig ſein.

Die Gewalt des Präſidenten, zu begnadigen, erſtreckt ſich nicht nur auf alle verſchiedene Arten von Vergehungen, die der gerichtlichen Verfolgung unterworfen ſind, ſondern ſie iſt ihm auch in ſo umfaſſenden Ausdrücken verliehen, deren die engliſche Sprache nur fähig iſt. Wie er die ihm verliehene Gewalt ausüben ſoll, iſt nicht angegeben. Ob er ſie überhaupt ausüben ſoll, das anzugeben war nicht nothwendig. Wann er ſie ausüben ſoll, iſt auch nicht geſagt.

Herr Johnſon ſagte, nachdem er Citate aus der Bundes-Conſtitution vorgeleſen hatte, er glaube, daß der Präſident ſchon längſt eine General-Amneſtie hätte proklamiren ſollen. Er habe ihm dazu gerathen und der Präſident habe die Gerechtigkeit des Vorſchlags anerkannt, obgleich er ihn noch nicht befolgt hat. Was den Jefferſon Davis betrifft, ſo gereiche ſeine Einſperrung der amerikaniſchen Gerechtigkeit zur Schmach, was auch immer ſein Verbrechen geweſen ſein mag. Er ſei ein Mann von zartem Körperbau, dem ſechs oder ſieben Millionen Menſchen die Leitung der Rebellion anvertraut haben; daß er in Anklageſtand geſetzt, ein Verhör, erbitten und noch immer eingekerkert werden ſoll, ſei ein die amerikaniſche Gerechtigkeit treffender Vorwurf und würde von jeder Nation Europas, in der er exiſtirte, von dem entrüſteten Volk getadelt werden.

Auf eine Unterbrechung ſeitens des Herrn Howard erwiderte Herr Johnſon: „Wenn Herr Davis ein Kriegsfangener iſt, dann kann er nicht wegen Hochverraths prozeſſirt werden. Was die Partei betrifft, die wegen ſeiner Einſperrung zu tadeln iſt, ſo bemerke er nur, daß der Präſident mehrmals ſeine Bereitwilligkeit erklärte, den Gefangenen dem Gewahrſam der Civilgerichte zu überliefern, daß aber dieſelben es abgelehnt haben, ihn in Verwahrung zu nehmen, nicht weil ſie ihn nicht prozeſſiren wollen ſondern aus dem Grund, daß wenn ſie ihn in ihre Hände bekommen, ſein Prozeß und ſeine Verurtheilung ſich nicht mit Sicherheit vorausſehen läßt.

Howard. Ihn überliefern — an wem? An wen wollte ihn denn der Präſident überliefern?

Johnſon. An den Diſtricts-Marſchall. Man hat uns von Zeit zu Zeit geſagt, er ſei in Anklageſtand verſetzt, von Zeit zu Zeit hieß es, jetzt ſoll er prozeſſirt werden, von Zeit zu Zeit wurde ſein Verhör verſchoben. Zum letztenmal verſchob man es deshalb, weil der Congreß die Kreisgerichte veränderte und es dem Oberrichter oder einem ſeiner Räthe unmöglich gemacht hat, einem ſolchen Gerichte zu präſidiren.

Howard fragte Herrn Johnſon, ob er ihn recht verſtanden habe, als er ſagte, „wenn Jefferſon Davis Kriegsgefangener iſt, dann könne er durch kein Civil-Gericht gerichtet werden?"

Johnſon erwiderte, das ſei ſeine Anſicht.

Howard ſagte, wenn das wahr iſt, ſo befremde es ihn nur, daß Jeff. Davis nicht ſchon längſt auf den Habeas Corpus Decret in Freiheit geſetzt worden iſt. Wenn die von Herrn Johnſon vorgebrachte Doctrine richtig iſt, dann könne Jeff. Davis nicht länger im Gefängniß gehalten werden. Indeſſen behaupte er (Howard), daß die von Herren Johnſon aufgeſtellte Doctrin falſch iſt, und er könne es aus Battel und Kennt beweiſen. Er wiſſe nicht, was im Rath der Adminiſtration beſchloſſen werde, ſei aber überzeugt, daß Jeff. Davis endlich doch noch unbedingtermaßen ohne Verhör ohne Beſtrafung ſeines Hochverraths und ſeiner übrigen Verbrechen freigelaſſen werden wird. Es ſei gar nicht zu erwarten, daß ein Präſident, der die bösartigen Rebellen pardonnirte, jemals das Haupt jenes Volkes prozeſſiren laſſen wird, um deſſen Gunſt er ſo eifrig buhlt. Howard ſprach hierauf über die vorliegende Bill. Er halte dafür, daß die Section, die wiederrufen werden ſoll, dem Präſidenten Gewalten verleiht, die ihm die Conſtitution nicht giebt. Der Präſident kann nach der Conſtitution pardonniren, aber keine Amneſtie gewähren. Amneſtie meint Frieden. Der Präſident kann keine General-Amneſtie mehr gewähren, ſobald jene Section widerrufen ſein wird, eben ſo wenig als er ohne den Congreß Frieden erklären kann.

Saulsbury ſprach zu Gunſten ſeines Amendements, daß den Widerruf der ganzen Confiscationsbill ſtatt der 13 Section deſſelben beantragt.

Trumbull ſagte, er wünſche den unrichtigen Eindruck zu verwiſchen, dem ſich mehrere Senatoren hingeben, indem ſie glauben, er, Trumbull, erkenne an, daß der Präſident das Recht hat, durch Proklamation Pardon zu ertheilen. Er habe nie ſo etwas anerkannt.

Auf eine Bemerkung Hendricks erwiderte Herr Chandler, daß er niemals den Präſidenten angeſchuldigt habe, als hätte er Begnadigungen verkauft. Er habe geſagt, daß Pardone von Weibern verkauft werden, von mehr als einem Weib. Er habe nicht geſagt, daß der Präſident Pardons-Bewilligungen verkauft hat, oder wußte, daß ſie verkauft worden. Aber als man dem Präſidenten die Sache zur Kenntniß brachte ſchimpfte er auf den Mann, der die Sache enthüllte, und das ſchmutzige Geſchäft hatte ſeinen Fortgang, während der Präſident es ablehnte, dem Unfug ein Ende zu machen.

Hierauf wurde die Frage geſtellt, ob Saulsbury's Amendement, das auf Widerrufung des ganzen Confiscations-Geſetzes lautet, angenommen werden ſolle. Es wurde verworfen, die Bill dagegen wurde mit 27 gegen 7 angenommen. Für die Bill ſtimmten die Herren Cottrell, Chandler, Conneß, Cragin, Creßwell, Edmunds, Feſſenden, Foſter, Fowler, Henderſon, Howard, Howe, Kirkwood, Lane, Morgan, Morrill, Poland, Ramſey, Roß, Sherman, Stewart, Sumner, Trumbull, Wade, Wiley, Williams und Wilſon—27.

Dagegen ſtimmten die Herren Dixon, Doolittle, Hendricks, Johnſon, Norton, Patterſon, und Saulsbury—7.

Abweſend waren die Herren Anthony, Brown Buckalew, Cowan, Davis, Fogg, Frelinghuyſen Grimes, Gutherie, Harris, McDougall, Nesmith, Nye, Pomeroy, Riddle, Sprague, Van Winkle und Yates—18.

Haus.

Hubbard beantragte eine Reſolution, welche erklärt, daß das Haus keinen Dollar zur Zahlung für ſolches Eigenthum bewilligen werde, das von den Bundesarmeen zerſtört wurde, während ſie die Rebellion unterdrückten. Wurde dem Appropriations-Committee zugewieſen.

Das Haus erwog die von Stevens am 30. April 1866 eingebrachte Bill des Fünfzehner-Ausſchuſſes, wegen Reſtauration der rebelliſch geweſenen Staaten zu ihren vollen politiſchen Rechten. Es handelte ſich um das von Stevens am 18. Dezember 1866 dazu eingebrachte Subſtitut.

Hubbard von Connecticut brachte eine Reſolution ein, welche erklärt, daß das Volk nicht länger beſteuert werden ſollte, um Geld zur Bezahlung der Nationalſchuld zu erhalten. Wurde dem Finanzcommittee zugewieſen.

* In Fayette Co., O., wurde am Freitage N. O. W. Smith, wegen Ermordung ſeines Schwiegervaters James Gray gehängt.

Die erwählten Congreß Repräſentanten.

—Der Gouvernör hat folgende als Congreß Repräſentation (für den 40. Congreß) als erwählt erklärt, deren Dienſtzeit vom 4. März '67 bis 4. März, 1869, reicht: Samuel J. Randall, Chas. O'Neill, Leonard Myers, William D. Kelley, Caleb N. Taylor, Benjamin M. Boyer, John M. Broomall, J. Lawrence Getz, Thaddeus Stevens, Henry L. Cake, Daniel M. Van Auken, Charles Dennison, Ulyſſes Mercur, Geo. F. Miller, A. J. Gloßbrenner, William H. Koontz, Daniel J. Morrill, Stephen F. Wilſon, Glenni W. Scofield, Darwin A. Finney, John Covode, Jas. K. Moorehead, Thomas Williams und George F. Lawrence.

Das Ackerbau Collegium von Pennſylvania hat im vergangenen Jahre 114 Studenten gehabt. Von dieſen ſind 9 in der Senior, 21 in der Junior, 23 in der Sophomore, 29 in der Freshman, und 32 in der Vorbereitungs Abtheilung. Sie ſind aus beinahe jedem Staate der Union und aus beinahe jedem County unſers Staates.

Die Anſtalt liegt nahe Bellefonte, Centre County. Das Schuljahr iſt in zwei Termine getheilt, jeder von zwanzig Wochen und die Ausgaben belaufen ſich auf $130 den Termin.

Der nächſte Termin beginnt am 16. Januar 1867.

Von Waſhington.

Der republikaniſche Caucus. Die republikaniſchen Mitglieder des Hauſes haben heute Abend im Capitol Caucus gehalten. Spaulding von Ohio, beantragte, daß keine Maßregel, die auf das Impeachment des Präſidenten abziele, im Haus eingebracht werden ſoll über die man ſich nicht zuvor im Caucus verſtändigt hat. Der Antrag wurde dahin amendirt, daß ehe der Caucus endlichen Beſchluß faßt, die Sache vorerſt dem Juſtiz-Committee zum Referat übertragen werden ſoll.

Aſhleys Amendement, daß keine Anklage gegen den Präſidenten erhoben werden ſoll, die nicht zuvor im Caucus erwogen worden iſt, wurde angenommen.

Stevens beantragte den ganzen Gegenſtand auf den Tiſch zu legen. Verworfen. Die urſprüngliche Reſolution nebſt Amendement wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es entſpann ſich eine lange Debatte zwiſchen Bingham und Stevens über die Frage, ob der Senat des 39. Congreſſes den Präſidenten auf ein Impeachment in Unterſuchung ziehen und ob das Repräſentantenhaus des 39. Congreſſes eine Anklage gegen den Präſidenten erheben könne die erſt durch den Senat des 40. Congreſſes unterſucht werden kann. Stevens behauptete, daß der Senat nicht am 4 März erlöſche, weil er ein ſtets fortdauernder Körper ſei. Bingham beſtritt dieſes, denn ein Drittel der Mitglieder habe am nächſten 4. März auszuſcheiden, und der Präſident könne nicht prozeſſirt werden von einem Senat, deſſen eines Drittel aus neuen Mitgliedern beſteht, auf Anklagen, die zum Theil vom vorhergegangenen Senat unterſucht worden ſind. Der Caucus ging ohne weitere Beſchlüſſe zu faſſen, auseinander.

Das Reconſtructions-Programm. Aus zuverläſſiger Quelle wird heute Nachmittag gemeldet, daß ſich die Führer der Congreß-Majorität über ein Program für die gegenwärtige Seſſion geeinigt haben, ſoweit als die ſüdlichen Staaten in Betracht kommen, und daß daſſelbe erſtens die Ratifikation des Conſtitutions-Amendement durch drei Viertheile der im Congreſſe vertretenen Staaten, und zweitens die zwangsweiſe Reorganiſation der widerſpenſtigen Staaten in ſich ſchließt. Die Annahme des Amendements durch die Geſetzgebungen der Staaten wird, wie man vermuthet, bis zum 1. Februar vollendet ſein, worauf ſofort von Seiten des Congreſſes Maßregeln zur Regierung des Südens durch Militärgewalt getroffen werden ſollen.

(Aha! Alſo Militärgewalt einführen? Die Herren in Waſhington werden wohl thun, ihre Zwangherrſchaft nicht zu weit zu treiben, ſonſt möchte es blutige Naſen abſetzen! —Anm. d. Red.)

Waſhington, 6. Jan. Die Vetobotſchaft des Präſidenten gegen die Diſtrikt Columbia Wahlrechtsbill wurde am Freitag den Cabinetsmitgliedern mitgetheilt. Gen. Grant war während der Erwägung derſelben anweſend. Er war gekommen, um dem Empfang der Delegaten beizuwohnen und nachdem die Audienz vorbei war, wohnte er auf Einladung der Cabinetsſitzung bei. Es heißt, daß die Cabinetsmitglieder ſich mit den in der Vetobotſchaft niedergelegten Gründen gegen die Verleihung des Negerwahlrechts im Diſtrikt Columbia einverſtanden erklärten, nur Herr Stanton ſoll behauptet haben, der Congreß ſei conſtitutionell zur Annahme der Bill befugt geweſen, während ſeine Collegen der Anſicht ſind, daß die Bill gegen die Conſtitution, und daß es eine Verletzung der Regierungsprinzipien ſei, ſie der hieſigen Bevölkerung gegen ihren Willen aufzudrängen, und einer Claſſe von Contrebands das Wahlrecht zu verleihen, die noch gar nicht darauf vorbereitet und fähig ſind, daſſelbe auszuüben. Die Botſchaft wird am Montag dem Senat überſendet werden.

Die Freilaſſung der Verſchwörer auf den Dry Tortugas. Zwar iſt in Sachen Dr. Mudd, Spangler, Arnold und O'Laughlin, die als die Verſchworenen bekannt ſind und am Präſidentenmord ſich betheiligten, noch nicht verfügt worden; in juriſtiſchen Kreiſen jedoch ſagt man, daß dieſelben in Folge der letzten Entſcheidung des Bundes-Obergerichts gegen die Militär-Commiſſionen durch die Regierung von den Dry Tortugas hierher gebracht und den Civiltribunalen überliefert werden ſollen.

Wenn die Maſſe des Volkes die Aufgabe und Tendenz der Demokratie richtig verſtände, ſo könnte ſie ſich nie zum Dienſte eines falſchen Tagesgötzen verführen laſſen. Aber leider wuchert das Unkraut üppiger als der Waizen und die Lüge breitet ſich ſchneller aus als die Wahrheit. Doch wer fleißig und umſichtig ſeinen Acker beſtellt, bei der Arbeit nicht ermattet und mit Ernſt ausjätet, wird zuletzt der guten Frucht ein reines Feld erkämpfen. Lüge und Schlechtigkeit haben keinen Beſtand,—Wahrheit und Gerechtigkeit ſind unvergänglich.

Wir wollen lieber tauſendmal geſchlagen werden, (ſagt der „Gettysburg Compiler,") für die Union und conſtitutionelle Freiheit kämpfend, als in den Reihen der Radikalen den Sieg davon tragen. Der Geiſt des gehäſſigen Fanatismus hat über die ruhige Vernunft triumphirt, allein wir danken Gott, daß wir keinen Theil an dieſem Triumphe hatten. Wir kämpften bis auf's Aeußerſte und fielen mit fliegenden Fahnen. Wir werden zu kämpfen fortfahren und uns durch keine Niederlage beirren oder entmuthigen laſſen. Wir fügen uns, wie immer, dem Verdikte der Wahlurne, doch bleibt unſer Glaube unerſchütterlich, daß nur in den Principien und Lehren der Demokratie die einzige Sicherheit des Landes liegt.

Aus Europa.

Nachrichten Per Dampfer.

Oeſtreich.

In den Unterhandlungen betreffs eines Handelsvertrags mit dem Zollverein will die öſtreichiſche Regierung eine Herabſetzung der Eingangszölle auf Wein vorſchlagen.

Freiherr von Beuſt und der Hofkanzler für Ungarn, Herr von Majlath, haben ſich nach Peſth begeben. Herr von Beuſt ſtattete Herrn Deak einen Beſuch ab.

Die Sitzungen des ungariſchen Landtags ſind bis zum neuen Jahre vertagt worden. Die Antworts-Adreſſe auf das königliche Reſcript wird dem Kaiſer von den Präſidenten beider Häuſer überreicht werden.

Am Geburtstage der Kaiſerin ſoll derſelben von eine Deputation des Landtags eine Glückwunſch-Adreſſe überreicht werden.

Ein Theil des Gepäckes des Kaiſers Maximilian iſt in Briſtol angekommen, um von dort weiter nach Miramare befördert zu werden. Die Briefe, die zwiſchen Maximilian und dem Kaiſer Napoleon betreffs Mexico's gewechſelt worden ſind und die der Marſchall Bazaine in ſeinen Beſitz zu bringen geſucht hatte, befinden ſich in Miramare in Sicherheit.

Die bisher in der Verbannung lebenden Ungarn Michael Horvath und Nikolas Puky haben auf ihre Bitte vom Kaiſer die Erlaubniß zur Rückkehr in die Heimath erhalten.

Im Wiener Gemeinderathe hat wegen Aufnahme einer ſtädtiſchen Anleihe von 25 Millionen eine lebhafte Verhandlung ſtattgefunden. Faſt alle Redner wieſen auf die Möglichkeit hin, daß der Schwerpunkt der öſtreichiſchen Monarchie nach Peſth verlegt werde, und daß Wien zu einer Provincialſtadt herabſinken könne. Es ward auch erklärt, daß die gegenwärtigen Miniſter zwar gute Fürſtendiener, aber keine Freunde der Freiheit und des Fortſchrittes ſeien.

Schweiz.

Der Bundesrath hat dem Beſchluß, welcher beſtimmt, daß die Streitkräfte der Schweiz mit Hinterladungsgewehren bewaffnet werden ſollen, zugeſtimmt. Es ward ferner beſtimmt, daß die Eidgenoſſenſchaft alle Koſten tragen ſolle, die aus dieſer in allen Schweizer Kantonen einzuführenden Maßregeln erwachſen werden. Nationalrath hat jedoch entſchieden, daß die Eidgenoſſenſchaft nur drei Viertel dieſer Koſten (die ſich auf etwa 12. Millionen Fres belaufen werden) tragen ſolle und der Bundesrath iſt darauf dieſem Beſchluß beigetreten.

Man klagt in der Schweiz über Geſchäftsſtockung.

Der franzöſiſche Conſul in Genf, Herr Chevalier, ein Bruder des berühmten National-Oekonomen, iſt zum General-Conſul ernannt worden. Die Schweiz ſcheint in den Augen Frankreich jetzt große Wichtigkeit zu haben.

Die Schweiz will ſich ſofort durch einen Geſandten in Berlin vertreten laſſen.

Nord-Deutſchland.

Der König von Sachſen hatte mit ſeinem Sohn, dem Kronprinzen, einen Beſuch in Berlin abgeſtattet, wo ihm die ausgeſuchteſten Aufmerkſamkeiten zu Theil wurden. Der König von Preußen war ihm bis Großbeeren entgegengefahren und bewillkommnete ihn in der herzlichſten Weiſe. Am Morgen nach ſeiner Ankunft machten Graf Bismarck und General von Roon ihm ihre Aufwartung.

Die für den norddeutſchen Bund entworfene Verfaſſung wird zwölf Capitel und 69 Artikel enthalten. Ein regelmäßiges Parlament wird kraft directer Abſtimmung und allgemeinen Wahlrechts erwählt werden. Die Mitglieder des Parlaments werden keine Taggelder erhalten. Oeffentliche Beamte werden nicht wählbar ſein. Die Verfaſſung, wie ſie zwiſchen den verſchiedenen Regierungen vereinbart worden, wird die Form eines Vertrages erhalten.

Am 15. Dezbr. ſind die Conferenzen der Bundesbevollmächtigten im Staatsminiſterium in Berlin durch den Grafen Bismarck eröffnet worden. Nachdem die preußiſchen Vorſchläge, die Graf Bismarck nur als Baſis der Verhandlungen bezeichnete und betreffs deren er zum freieſten Meinungsaustauſch aufforderte, vorgelegt worden, ward die erſte Sitzung nach kurzer Dauer geſchloſſen.

Der Reichstag wird am 15. Februar im Saale des preußiſchen Herrenhauſes eröffnet werden. Er wird 291 Abgeordnete enthalten.

In einer Anſprache, die der König von Preußen bei einem Diner hielt, das er den norddeutſchen Bevollmächtigten gegeben, bemerkte er, daß die Ereigniſſe ſich gegen den Willen Preußens, welches den Frieden gewünſcht habe entwickelt hätten; die Umgeſtaltung Deutſchlands ſei ein unabweisbares Pflichtgebot geworden und es bleibe jetzt die Verfaſſung des ſchon beſtehenden norddeutſchen Bundes zu regeln.

Am 21. Dez. nahm das Abgeordnetenhaus den Geſetzentwurf über die Einverleibung Schleswig-Holſteins an. Vor der Annahme des Entwurfs ſtattete Graf Bismarck einen ausführlichen Bericht über den Fehlſchlag der Unterhandlungen mit dem Prinzen von Auguſtenburg ab, der, wie er erklärte, ſich als einen Feind Preußen gezeigt habe. Er legte großes Gewicht auf Preußens Eroberungsrecht und betreffs der projectirten Abſtimmung in Nord-Schleswig bemerkte er, daß nach reiflicher Erwägung die preußiſche Regierung dem betreffs dieſer Angelegenheit von Frankreich gemachten Vorſchlag zugeſtimmt habe, um nicht die diplomatiſchen Beziehungen zu ſtören und um eine neue Gefährdung der errungenen Vortheile zu verhüten.

Am nächſten Tag nahm das Haus den Geſetzentwurf, welcher den 62ſten Artikel der Verfaſſung im Hinblick auf eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten modificirt, an, und dann ward es bis zum 7ten Januar vertagt.

In Hannover ſind verſchiedene Bürger verhaftet worden, weil ſie Militärpflichtigen Geld zur Reiſe in's Ausland gegeben haben.

Am 15. Dec nahmen in Bremerhaven die Ankunft des Extrazugs mit den Paſſagieren für das nach New-York beſtimmte Dampfſchiff Hanſa preußiſche Offiziere und Soldaten 90 militärpflichtige Leute, die keine Legitimationspapiere hatten, in Gewahrſam. Der Zug war von Militär umſtellt und das Schiff ſelbſt war beſetzt worden.

Wichtige Nachrichten Per atlantiſchen Telegraph.

England.

London, den 4. Jan., Mittags. Die heutige Times ſagt in einem Leitartikel, daß die Beziehungen Englands zu den anderen europäiſchen Mächten ſelten, wenn überhaupt jemals, beſſer geweſen ſeien. Nur mit den Ver. Staaten, mit welchen die größte Freundſchaft beſtehen ſollte, hätten ſich Schwierigkeiten erhoben, und die Regierung ſollte alle Streitfragen ſchnell und auf friedlichem Wege zu ſchlichten ſuchen.

Rußland.

St. Petersburg, 4. Jan. Für die neulich ſtattgefundenen Yacht-Wettfahren wird großes Intereſſe an den Tag gelegt. Der kaiſerliche Yacht-Club beabſichtigt, die abenteuerliche amerikaniſche Yacht-Parthie einzuladen, Rußland einen Beſuch abzuſtatten.

Italien und Rom.

Florenz, den 4. Jan. Berichte aus Rom melden, daß Signor Tonelli, der italieniſche Bevollmächtigte, gute Fortſchritte in ſeinen Unterhandlungen mit der päpſtlichen Regierung mache und man habe ſich über verſchiedene Punkte bereits geeinigt.

Rom, 4. Jan. Der Papſt ſprach am Neujahrstage in ſeiner Anrede an das diplomatiſche Corps über die Scheinheiligkeit ſeiner angeblichen Freunde.

Rom.

Rom den 3. Jan. Das Actions-Committee in Rom hat eine Proklamation erlaſſen, worin es die Bewohner zum baldigen Aufſtand gegen die Regierung und zum Anſchluß Roms an das Königreich Italien auffordert.

Aufhebung der Tonnengebühren für amerikaniſche Schiffe in Frankreich.

Paris, 1. Jan. Der „Moniteur" veröffentlicht heute die Proklamation des Präſidenten Johnſo, wonach die franzöſiſchen Schiffe in den amerikaniſchen Häfen von den Entrichtung der Tonnengebühren befreit ſind und bemerkt dabei, daß alſo den amerikaniſchen Schiffen in franzöſiſchen Häfen dieſelbe Begünſtigung zu Theil werde.

Eine neue deutſche Dampferlinie.

Berlin, 31. Dez. Die neue Dampferlinie zwiſchen Deutſchland und den Ver. Staaten, wird von dem hannover'ſchen Hafen Geeſtemünde wöchentlich zwei Dampfer nach New York abgehen laſſen, welche in Southampton anhalten. Das Capital der Compagnie beträgt ſieben Millionen Thaler. Die preußiſche Poſt wird durch dieſe Linie befördert werden.

Die Exploſion in den engliſchen Kohlengruben.

Man hat nun die Urſache der Exploſion in den Staffordſhire Kohlenminen gefunden, der ſo viele Menſchenleben zum Opfer fielen. Die Sicherheits-Lampe des Bergwerkſchmieds war geöffnet und dadurch das Gas durch die Berührung mit dem Lichte entzündet worden.

London, 1. Jan. Der heutige „Herald" enthält einen Leitartikel, in dem die gegenwärtige Criſis zwiſchen der Türkei und Griechenland beſprochen und am Schluſſe geſagt wird, daß ſich England im Falle eines Kriegsausbruchs völlig neutral verhalten werde.

Stärke der franzöſiſchen Truppen in Mexico.

Die Geſammtſtärke der franzöſiſchen Armee in Mexico beträgt gegenwärtig 27,000 Mann mit 4000 Pferden.

Frankreich und Mexico.

Paris, 3. Jan., Mittags. Der Abend-Moniteur enthält die Nachricht, daß die Beziehungen Frankreichs mit allen Mächten der freundſchaftlichſten Art ſind, und daß Mexico bis zum 1. März von allen franzöſiſchen Truppen geräumt ſein werde, ohne Rückſicht darauf, was Maximilian hernach zu thun für gut finden möge.

Zuſammentritt des öſtreichiſchen Reichstags.

Wien, 3. Jan. Ein Dekret ruft die Mitglieder des neugewählten Reichstags, mit Ausnahme der Ungarn, zu einer außerordentlichen Sitzung zuſammen, um die Lage der Dinge in Ungarn, und die dortige Verfaſſung in Erwägung zu ziehen.

Die norddeutſche Conſtitution
Zuſammenſetzung der preußiſchen Kammern.

Berlin, 22. Dezember. Die föderale Conſtitution, welche gegenwärtig den preußiſchen Kammern zur Berathung vorliegt, enthält alle Fragen über Handel und Schiffahrt. Der conföderirte Staatsrath und die Repräſentanten der Nation beſitzen die geſetzgebende Gewalt. Die föderale Macht erklärt Krieg, ſchließt Verträge ab und ernennt die Geſandten. Der König von Preußen iſt Oberkommandant der Armee und Flotte und iſt ermächtigt, Kriegsvorbereitungen zu machen. Die Häfen Kiel und Jahde ſind als föderale Kriegshäfen erklärt.

Die politiſchen Schattirungen in der Kammer ſind wie folgende vertreten: 117 Conſervative; rechtes Centrum 17; katholiſche Partei (Centrum) 15; Liberale (Vincke-Schwerin Partei) 25; linkes Centrum 56; Progreſſive oder Nationalpartei 25; ächte Fortſchrittsmänner 63; Polen 23. Fünf Mitglieder gehören keiner Partei an und ſieben Sitze ſind unbeſetzt.

Der ſpaniſch-chileniſche Krieg.

Es ſollen zwei ſpaniſche Fregatte die Inſel Cuba verlaſſen haben, um die Republick Honduras zu zwingen, ſich in dem ſpaniſch chileniſchen Krieg neutral zu halten. Zugleich hätten die Schiffe die Beſtimmung, den ſpaniſchen Handel in den centralamerikaniſchen Gewäſſern zu beſchützen.

Die Inſurrektion auf Candia.

Conſtantinopel, 3. Jan. Die Pforte hat vom weſtlichen Theile Candias die Nachricht von einem entſcheidenden Sieg der Türken über die Inſurgenten erhalten. Von Letzteren ſollen zweihundert getödtet worden ſein, und ſich die Candioten in wilder Flucht auf die Schiffe gerettet haben, welche am Lande lagen.

Die cretaniſche Frage.

Berlin, 4. Jan. Die cretaniſche Frage fängt an, eine drohende Geſtalt anzunehmen und große Verwickelungen daraus hervorgehen zu wollen.

Darmſtadt, 9. Dez. Heute früh hat General v. Stockhauſen ſich erſchoſſen. Wie verlautet, ſollte morgen eine Vernehmung vor dem Kriegsgericht ſtattfinden. Die unglücklichen Erfolge des Kampfes bei Laufach ſollten die Veranlaſſung zu dieſer Vernehmung ſein, indem v. Stockhauſen damals die Führung übertragen war. Dies tragiſche Ende des Generals hat in allen Kreiſen unſerer Stadt auf das Schmerzlichſte berührt. Der Genannte befand ſich in glänzenden äußeren Verhältniſſen und ſeine Familie hat ſich ſtets durch liebenswürdiges und humanes Benehmen ausgezeichnet, und ſich der allgemeinſten Achtung erfreut. Perſonen, welche dem Verſtorbenen nahe ſtehen, wollen übrigens in letzterer Zeit Anzeichen von geiſtiger Störung bei demſelben wahrgenommen haben.

Locale Neuigkeiten.

Lancaſter, Pa.

Donnerſtag, Januar 10, 1867.

Neue Beamte der Rothmänner. — Nachſtehendes ſind die neuen Beamten für die Metamora, Ee-ſha-ko-nee und Red Jacket Stämme des Verbeſſerten Ordens der Rothen Männer in unſerer Stadt für den jetzigen Amtstermin:

Metamora: Sachem, Val. Hoffmann; S. Sagamore, J. M. Kempf; J. Sagamore, John Wernz; Wampumhalter, Mich. Royer; Protokollhalter, S. M. Wetzel; Prophet, Joſ. Bare; Truſties, A. B. Kaufmann, J. M. Kempf.

Ee-ſha-ko-nee: Sachem, R. Dorwart; S. Sagamore, J. W. Boyes; J. Sagamore, F. Peters; Wampumhalter, S. S. Carter; Protokollhalter, P. C. Henſel; Truſties, D. King, H. Gaſt, F. Carſon.

Red Jacket: Sachem, J. f. Garloch; S. Sagamore, H. Wolf; J. Sagamore, Friedr. Eiſemann; Wampumhalter. Reinh. Reiner; Protokollhalter, Conrad Merz; Truſties, A. Schuh, J. Lutz, A Rupp.

☞ Eine der ſchönſten und beſt eingerichteten Reſtaurationen in der City Lancaſter beſitzt gegenwärtig Hr. J. Sprenger (in Partnerſhip, wenn wir nicht irren, mit Anderſon und Adams) in der Nord-Queen Straße nahe der Orange. Der Salon iſt prächtig ausgeſtattet; treffliche Genrebilder, (Oelmalerei), die Herr Sprenger ſelbſt von einem namhaften Münchner Maler hat anfertigen laſſen, zieren die Wände; kalte und warme Speiſen und Getränke, unter anderem ein vortreffliches Bier aus J. Sprenger's Brauerei, werden zu jeder Tageszeit verabreicht, und die Bedienung iſt freundlich, ſowie die Preiſe mäßig.

Es heißt, Gov. Curtin wolle Lankaſter City zu ſeinem künftigen Wohnſitz machen, und ſoll bereits ein Haus in der Duke Straße zu dieſem Zweck gekauft haben.

☞ **An die Bürger von Lancaſter!** —

Ich möchte die Bürger von Lancaſter ernſtlich erſuchen, H. J. Young, Sohn von Henry Young, wohnhaft in South Queen Straße nahe dem Woodward Hill Cemetery, zu beſuchen, um zu ſehen, was Miſhler's Kräuter-Bitters für ihn während der letzten zwanzig Tage gethan hat.

Und ganz beſonders erſuche ich die Damen der Stadt Lancaſter, Iſabella Sharp, wohnhaft in Church Straße, gegenüber Duke Straße, ein Mädchen von etwa zehn Jahren, Tochter von Hrn. Conditor Sharp, Nro. 36 Eaſt King Str. zu beſuchen, woſelbſt ſie eine der ſchnellſten Heilungen (bloß fünf Tage Behandlung) ſehen werden, die jemals in den Vereinigten Staaten gemacht worden iſt. Natürlich hat „Miſhler's Bitters" ſchlimmere Fälle geheilt, als dieſe beiden; aber keinen in einer ſo kurzen Zeit.

Feuer in einem Schaufenſter. — Am vorletzten Donnerſtag Abend gegen 6 Uhr, fingen einige der in dem öſtlichen Fenſter des Trockenwaaren-Stores der Gebrüder Wentz, in der Oſt Königſtraße, zur Schau geſtellten Artikel an einem Gasbrenner Feuer, und ehe den Flammen noch Einhalt gethan werden konnte, waren einige hundert Thaler werth Güter ein Raub derſelben geworden.

Unglücksfälle. — Vorigen Mittwoch waren mehrere junge Leute in Manheim beſchäftigt mit einem Revolver nach einer Scheibe zu ſchießen; es endlud ſich derſelbe in der Hand eines der jungen Männer, als er im Begriff war zu laden, zufällig und der Inhalt drang in die linke Schamleiſte von Lewis J. Gibble, der ſehr ſchlimm verletzt ſein ſoll.

Charles Metzger, Sohn des Herrn Gerhart Metzger von dieſer Stadt, war vorigen Mittwoch an die Jagd gegangen; beim Ueberſteigen einer Fenz fiel er mit der Flinte in der Hand, wobei dieſelbe ſich entlud und deren Inhalt in die linke Seite ſeines Geſichtes eindrang. Der rechte Daumen wurde ihm gleichfalls weggeſchoſſen. Die Wunde im Geſicht iſt ziemlich ſchlimm, indem das Fleiſch ſtark weggeriſſen iſt. Er ging etwa eine Drittelmeile nachdem er geſchoſſen war und Herr Binkley, von Binkley's Mühle, brachte ihn nach der Stadt.

Kaufmänniſcher Abſchätzer.—Julius C. Schuman, von Manor Taunſchip, iſt von den County Commiſſionern als kaufmänniſcher Abſchätzer für Lancaſter County, für das nächſte Jahr angeſtellt worden.

Die neuen Nickel-Fünf-Cents Stücke nachgemacht. —Auch die neuen Nickel Fünf-Centsſtücke ſind ſchon wieder nachgemacht worden und ſollen jetzt ſchon in bedeutender Menge in Umlauf geſetzt worden ſein, ja es ſollen mehr falſche courſiren als ächte. Die falſchen ſollen leichter ſein als die ächten und ein etwas dunkleres Ausſehen haben, als dieſe, allein die ächte Münze iſt noch ſo wenig allgemein bekannt, daß wahrſcheinlich große Mengen der Counterfeits, ohne ſofort entdeckt zu werden, dem Publikum aufgehalst werden können. Uebrigens ſind die falſchen am Ende für dieſes ſo viel werth, wie die ächten.

Was iſt Wegmeiſtern nöthig zu thun und zu wiſſen?

Da es mir vorkommt, daß manche Wegmeiſter nicht wiſſen, was ihres Amtes iſt, ſo möchte ich hier einige wohlgemeinte Winke mittheilen die vielleicht von Nutzen ſein könnten: —

Wegmeiſter ſollten vor allen Dingen die Geſetze, die auf ihr Amt Bezug haben, genau wiſſen und verſtehen und denſelben genau nachkommen. Sie ſollten Wegweiſer (Fingerbords), beſonders an Kreuzwegen, mit leſerlicher Schrift aufſtellen, wie es das Geſetz vorſchreibt, und umgefallene Fingerbords nicht jahrelang liegen laſſen, als ob die Wiederaufrichtung derſelben ihnen gar nichts anginge. Sie ſollten ihr beſonderes Augenmerk auf die kleinen Brücken haben: es hat viele kleine Brücken im County welche nur aus einigen Planken beſtehen, aber wie oft iſt es der Fall, daß eine Planke zerbricht oder ein Loch an den Seitenplanken entſteht, ohne daß an ein Ausbeſſern gedacht wird, zur oftmaligen Gefahr für Pferde und Vieh und ſelbſt Fuhrwerke, wie es ſchon manchmal paſſirt iſt.

Die Ausbeſſerungen ſolcher kleinen Brücken ſollten niemals vernachläſſigt und ſo ſchnell als möglich gethan werden.

Wäre ich ein Wegmeiſter, ſo würde ich Steine an die Löcher fahren, dieſe aber fein klopfen und dann Grund darauf thun; dies würde nicht nur ſchön ausſehen, ſondern auch die Brücken dauerhafter machen.

Die Ablaſſe an den Kreuzwegen ſollten immer ziemlich breit ſein und nicht zu tief. Heutzutage ſind alle paar hundert Schritte Kreuzwege und Ablaſſe, aber ſie ſind meiſtens zu tief und zu ſchmal; nach meiner Meinung ſollten ſie weit breiter und weniger tief ſein, das Waſſer würde dann beſſer ablaufen können Folgt einmal meinem Rath, Wegmeiſter, denn ich hier angebe und ſehet, ob es nicht vollſtändig ſchaffen wird. Wir haben hohe Taxen zu bezahlen, ſo laßt uns denn auch gute Wege haben; denn es heißt, wer ein Amt hat, der warte ſeines Amtes nach Recht und Billigkeit.